

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690. Dresdener Verlagsgesellschaft: Geschäftsleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeige anschließend an den dreispaltigen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 2. Oktober 1928

Nummer 231

Die Mordarbeit des Reichsbanners

Weitere Kameraden in Lebensgefahr / Brutalstes Vorgehen der Sozialfaschisten / Eigene Parteimitglieder mißhandelt

Eine Erklärung von SPD-Mitgliedern gegen das Reichsbanner

Hamburg, 2. Okt. (Eig. Drahtmeldung)

Zu den blutigen Vorgängen am Sonntag, die absolut dem Einfluß der sozialfaschistischen SPD-Führer zuzuschreiben sind, um damit ihre schändliche Koalitions- und Panzerkreuzerpolitik zu verdecken, wird noch gemeldet: Es handelt sich um jene sozialfaschistischen Kommandos, die anfänglich des ADGB-Kongresses auch den Ueberfall auf die oppositionelle Gewerkschaftsjugend ausführten. Die provokatorischen Absichten des nach Gesehacht gefandten Reichsbannerkommandos gehen daraus hervor, daß sofort mit der Besetzung mehrerer Lokale in Gesehacht begonnen wurde. Eine Schalmetenkapelle wurde von den Reichsbannerleuten mit Bierseideln und Stühlen beworfen. Im Laufe des Tages erfolgten dann wiederholt Ueberfälle des Reichsbanners auf einzelne Arbeiter, bis es dann zu dem schon gemeldeten schweren Zusammenstoß kam, wo die Reichsbannerleute, schwer bewaffnet, blindlings auf die Rote Marine und den RWB hincinschrien. — Außer dem erschossenen Roten Mariner liegen noch zwei andere in Lebensgefahr, die im Krankenhaus sich befinden. Allen Schwimdmeldungen der sozialdemokratischen Presse zum Trotz ist folgende Erklärung von SPD-Arbeitern, die die Hamburger Volkszeitung veröffentlicht, die alle Zeugen der Zusammenstoße in Gesehacht waren. Die Erklärung lautet:

„Am Sonntag, dem 30. September, morgens zwischen 8 und 9 Uhr, sammelten sich auf der Hamburger Chaussee zwischen dem Schützenhaus und der Sander Kirche etwa 10 Autos, kommend von Hamburg, besetzt mit uniformierten Reichsbanner-Leuten. Hiemit alle Beteiligten waren vom Auto abgestiegen und speerten so durch ihre Anwesenheit auf der Fahrbahn den Verkehr. Ein mit etwa 15 Personen, davon die Hälfte jugendlicher besetztes RWB-Auto passierte die Straße. Ungefähr in der Mitte kürzten sich die Reichsbannerleute auf den RWB und entzogen ihnen Fahnen und Transparente, die sie vernichteten. Darauf passierte ein Motorradfahrer mit seiner Frau die Straße. Trotz langsamer Fahrt schlugen die Reichsbannerleute auf ihn mit Knütteln und Fäusten ein, rissen ihn herunter und schrien: „Haut die Schweine tot!“ Das Motorrad wurde demoliert. Ganz unbeteiligte Personen, die den Vorgang mit ansehen hatten und das Vorgehen des Reichsbanners verurteilten, wurden gleichfalls von einem Trupp von 50 Reichsbannerleuten überfallen und mißhandelt. Die Merkmale der Mißhandlungen sind ersichtlich. Auch das Zeug wurde ihnen geraubt. Nur einigen älteren beionenen Leuten des Reichsbanners ist es zuzuschreiben, daß die Ueberfallenen befreit wurden, die sonst sicher totgeschlagen worden wären. Die Ueberfallenen sind Paul Wenzelberg, Moritz Wenzelberg, Schloffer Sadmag, Mitglied der SPD. Vespierer sollte sein Mitgliedsbuch aus seiner Wohnung und warf es dem Reichsbannerleuten vor die Füße und sagte: „Ich bin fertig mit euch!“

gez. Paul Wenzelberg, Martin Wenzelberg, Christoph Sadmag, Franz Edler, Wohlf, Karl Fried, sämtlich wohnhaft in Sander, Hamburger Straße.

Weitere Zeugen stehen jederzeit zur Verfügung. Alle Unterzeichneten sind Mitglieder der SPD.

Mit dieser Erklärung der SPD-Mitglieder werden auch die Lügen der Volkszeitung von gestern, die die Schuld an den blutigen Vorgängen auf den RWB und die Rote Marine abschieben wollen, zurückgewiesen. Es wird den sozialdemokratischen Führern auf keinen Fall gelingen, die Schuld auf die KPD abzuschieben. Dieser Vorfall in Gesehacht klärt aber auch die Vorfälle von Hamburg.

Die Arbeiter, die bisher noch den Angaben der sozialdemokratischen Zeitungen gelauscht, daß dort die Jugend des Reichsbanners überfallen, werden jetzt begreifen, wer der Schuldige ist.

Klassengenossen! Diese blutigen Angriffe des Reichsbanners auf die revolutionären Arbeiter sind die Arbeit der SPD-Führer. Sie gehören zur Unterstützung der Imperialisten, zum Panzerkreuzerbau und zu der Lohnpolitik, die die sozialdemokratischen Führer für die deutschen Kapitalisten leisten.

Gebt ihnen die Antwort! Verstärkt die Rote Front! Zeichnet euch ein zum Volksbegehren. Gebt auf die Listen der KPD!

Gememörder werden freigelassen!

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung)

Die preussische Klassenjustiz hat den vergangene Woche zu drei Jahren Zuchthaus verurteilten Gememörder, Oberleutnant Klein, gestern freigelassen. Klein hatte nach Ueberlieferung der Unterlassungsbefehle noch 11 Monate seiner Züchtung „Stoß“ zu verbüßen. Die Strafkammer I des Landgerichts 3 hat den Haftbefehl gegen den Gememörder-Oberleutnant aufgehoben, weil ein Fluchtverdacht nicht mehr besteht.

Einzeichnen! Sammeln!

Eine Front gegen den Imperialismus

Die Regierung der Großen Koalition führt die Politik des Bürgerblodes in vollem Umfange weiter. Zollwucher, Preisserhöhungen, Bindungen der Arbeiter an Hungerlöhne, Festschaltung dieser Löhne auf ganze Jahre ohne die geringste Berücksichtigung der steigenden Preise, eine Schlichtungspraxis, die sich in nichts von der des Bürgerblodes unterscheidet, das ist die Politik der Großen Koalition. Jetzt erhöhen die Jochenherren die Kohlenpreise, die Fahrpreise der Eisenbahn werden herausgeholt. Die Erwerbslosigkeit steigt. Die Brutalität der Unternehmer kann sich im vollen Umfange auch jetzt gegen die Arbeiter auswirken. Die Auspeirung der 40 000 rheinischen Textilarbeiter ist dafür ein bezeichnendes Zeugnis. Die mitteldeutschen Bergarbeiter, die sächsischen Textilarbeiter wurden mit Schandbittensprächen in die Betriebe gesperrt. Die Werftarbeiter verböhnte der Schlächter Wiffels dadurch, daß er eine Lohnerhöhung von 2,5 Pf. in der Spitze andot.

Die imperialistischen Rüstungen werden unter dem Ko-

Munition gegen Panzerkreuzerbau

Weitere Resultate:

Stadtteil 2	100.— RM
Straßenzeile 3 (Stadtteil 2)	67,30 "
Genosse Staub (Freital) sammelte an einem Nachmittag	27,70 "
Genosse Koloff (Dresden) sammelte	44,— "
Detragruppe Koptal-Dölzchen	37,20 "
Teufersammlung an einem Vereinsabend des Mandolinistensereins „Rigoletto“	4,— "

Seht die Sammlungen fort! Steigert den Munitionsfonds gegen die Imperialisten!

Am ersten Tag, führ deinen Schlag gegen die Imperialisten, zeichne dich morgen ein!

Bundesbefehl!

Kameraden!

Der Kampf gegen den Panzerkreuzerbau ist in vollem Gange. Die Massenbewegung für das Volksbegehren vom 3. bis 16. Oktober hat mit Macht und Entschlossenheit eingeleitet. Die Fronten formieren sich: Für oder gegen das Volksbegehren, für oder gegen den Panzerkreuzerbau für oder gegen die imperialistische Ausfühlpolitik der sozialdemokratischen Koalitionsregierung. Während die werktätigen Massen in den Betrieben und proletarischen Organisationen sich immer zahlreicher für das Volksbegehren aussprechen und sich immer enger in den Einheitskomitees zusammenschließen, mobilisieren die Panzerkreuzerloyalisten die Front gegen das Volksbegehren, die von den Deutschnationalen bis zu den „linken“ SPD-Führern reicht. Durch eine unendlich lächerliche Verleumdungskampagne, durch Terror und Schikanen verübt die Panzerkreuzerfront, die Massen nochmals zu verwirren, um das Volksbegehren zu Fall zu bringen.

Dies darf und wird nicht gelingen. Die zusammengeschwemmte Kraft der Millionen Werktätigen wird alle Widerstände über den Haufen rennen.

Kameraden! Die höchste Anspannung aller Kräfte ist notwendig. Tragt den Gedanken des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik hinein in den letzten Herbst, in das letzte Dorf, in die letzte Hütte. Wagt, organisiert, mobilisiert! Millionen müssen der Panzerkreuzerfront entziehen, fürs Volksbegehren mobilisiert und für die Rote Front gewonnen werden!

Folgende Anweisungen der Bundesführung des RWB und der Reichsführung der Roten Frontfront müssen von allen Kameraden beherzigt und durchgeführt werden:

1. Für die Zeit der Durchführung des Volksbegehrens vom 3. bis 16. Oktober hat jeder Kamerad die Bundesführung anzulegen.
2. Jeder Kamerad hat sich nach Arbeitsloshalt in den Wagnislokalen zur Arbeit zur Verfügung zu stellen.
3. Jeder Kamerad beteiligt sich an der allgemeinen Sammelaktion.

Kameraden! Ber die Front!

Bundesführung des RWB — Reichsführung der KPD

alitionsabineit gesteigert. Offen erklärte der Reichswehrminister Groener, daß eine Aufstellung der Reichswehr durchgeführt werde. Hermann Müller verherrlichte in seiner Regierungserklärung die Reichswehr als die Truppe gegen den inneren Feind. Der Beschluß des Baues von Panzerkreuzern unter der einstimmigen Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zeigte auch dem letzten Arbeiter den Kurs.

Teuerung, Lohnrückerei, Reaktion, Freiheit der Unternehmerangriffe gegen die Arbeiter und imperialistische Kriegssche, blutige Ueberfälle der Reichsbannerarbeiter auf die revolutionären Arbeiter und vollständige Bindung der Arbeiter an die Unternehmerinteressen, das sind die Ergebnisse sozialdemokratischer Regierungstätigkeit.

Das bedeutet den Vormarsch der reaktionären Kräfte mit allen Mitteln.

Kampf gegen die Reaktion, Kampf gegen die imperialistischen Rüstungen, das ist das Gebot der Stunde für die gesamte Arbeiterschaft. Schon sehen wir an allen Enden die Arbeiterschaft den Kampf um höhere Löhne wieder aufnehmen.

Es gilt, die eiserne, feste Front gegen die imperialistischen Rüstungen herzustellen.

Das Volksbegehren ist das Mittel, diese Front zu schaffen. Durch Volksbegehren und Volksentscheid muß die Millionenfront der Arbeitenden gegen die Kriegsrüstungen, gegen den gesamten reaktionären Kurs aufgestellt werden.

Nieder mit den Kriegsrüstungen, her mit Kinderpeinungen und Wohnungen, mit Sozialfürsorge und höheren Löhnen, das muß die Antwort sein, die wir geben.

Kampf gegen die imperialistische Rüstungspolitik, das heißt Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Bildet mit uns die Kampffront. Zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, eure Steuergelder für Panzerkreuzer herzugeben, während eure Kinder hungern.

Demostriert euren Willen, gegen den Kapitalismus und Imperialismus zu kämpfen.

Für die Befreiung der Arbeiterklasse.

Reicht euch ein in die rote Kampffront gegen Ausbeutung und Krieg.

Zeichnet euch ein zum Volksbegehren! Gebt euer Schürlein für die Führung des Kampfes!

Millionen mit uns! Millionen gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Ausbeutung!

Für den Sieg des Proletariats!

Rudolf Renner, M. d. R.